

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 96 (2021)
Heft: 11

Artikel: Rettet Premierminister Mikati den Libanon?
Autor: Matzken, Heino
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-977239>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rettet Premierminister Mikati den Libanon?

Nadschib Mikati, einer der reichsten Männer des Libanon, hat im September als Ministerpräsident eine neue Regierung gebildet. Das Land droht zu einem «failed state» zu werden. Wie stehen die Chancen der neuen Regierung?

Oberstleutnant im Generalstabsdienst Heino Matzken, Verteidigungsattaché, Bundeswehr

Ende September sank der Wechselkurs des libanesischen Pfunds gegenüber dem US-Dollar auf 1 zu 12 000 (von noch über 1 zu 22 000 im Juni).

Ein sicheres Zeichen für einen Vertrauensvorsprung für die neue Regierung unter Premierminister Nadschib Mikati, aber auch eine grosse Bürde. Die «Schweiz des Nahen Ostens», aufgrund seiner Berge und des erfolgreichen Bankensystems früher gerne so genannt, stand und steht immer noch am Abgrund. Vetternwirtschaft, Korruption und Einflüsse der Nachbarn haben das Land am Mittelmeer ausbluten lassen und den 4,5 Millionen Einwohnern die Hoffnung auf eine gute Zukunft genommen.

Experten warnen vor einem «failed state» und befürchten das Abrutschen in einen erneuten Bürgerkrieg zwischen den verschiedenen Bevölkerungs- und Religionsgruppen (wie bereits zwischen 1975 und 1990).

Im September einigten sich die verschiedenen Parteien auf die Bildung einer 24-köpfigen Regierungsmannschaft unter Führung des sunnitischen Milliardärs Nadschib Mikati.

Auf der Prioritätenliste stehen nun Vorbereitung der Parlamentswahlen im März 2022, Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Weltbank und Aufarbeitung der Schuldfrage für die Hafenexplosion am 4. August 2020 ganz oben.

Kernprobleme

Die Arbeit des bereits zweimal (2005 und 2011) als Premierminister agierenden Mikati steht unter keinem guten Stern.

Der Libanon (ein Viertel so gross wie die Schweiz) leidet seit seiner Gründung durch die ehemalige Mandatsmacht Frankreich 1920 unter zwei Kernproblemen.

Zum einen besteht die Bevölkerung aus 18 offiziell anerkannten Konfessionsrichtungen, wobei christliche Maroniten, Schiiten, Sunniten und Drusen (eine schiitische Abspaltung) die grössten Gruppen bilden. Alle sind bestrebt, das Maximale für ihre eigene «community» herauszuholen und vergessen dabei nur zu häufig das Wohl des Gesamtstaates.

Um diese internen Konfliktlinien zumindest politisch zu minimieren, teilte der «Nationalpakt» von 1943 die staatliche Macht unter den Konfessionsgruppen auf. Während Staatspräsident und Armeeführer seither von den Maroniten gestellt werden, ist der Premierminister ein Sunnit und der Parlamentspräsident ein Schiit.

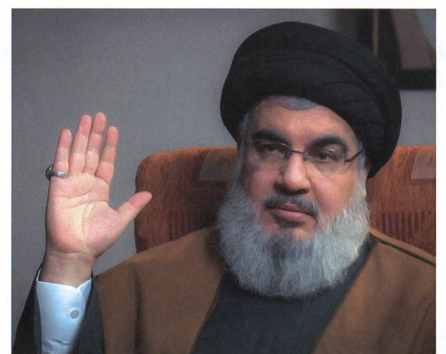
Im 128-köpfigen Parlament bekleiden Muslime und Christen jeweils 64 Sitze. Darüber hinaus werden Regierungen nur im Konsens und unter Beteiligung aller Religionsgruppen gebildet. So scheinen zwar die Interessen aller gewahrt, doch richtungsweisende Reformen und notwendige Einschnitte im Budget scheitern regelmässig am Widerstand der jeweils betroffenen Fraktionen. Besonders die demografische Verschiebung aufgrund einer hohen muslimischen Geburtenrate und massiver christlicher Auswanderung (letzte Volkszählung 1932) im Zuge der aktuellen Krise erhöht den Druck, das politische System grundlegend anzupassen.

Zum anderen diente das wasserreiche, aber ansonsten rohstoffarme Land



Nadschib Mikati, Unternehmer sowie bereits zum dritten Mal Ministerpräsident. Seine neue Regierung ist seit dem 10. September im Amt. Dieses Foto wurde am WEF 2013 aufgenommen.

lange als Spielball externer Mächte. Historisch betrachtet Damaskus den Libanon als Teil Syriens. Die künstliche Gründung des Staates durch Frankreich als Schutzmacht der Christen wurde auch durch das Assad-Regime nicht akzeptiert und führte zur quasi Besetzung von 1976 bis 2005. Auch der südliche Nachbar Israel lässt keine Gelegenheit ungenutzt, gegen die vermeintliche Bedrohung aus dem Norden in Gestalt der schiitischen und vom Iran unterstützten Terrormiliz Hisbollah, mit Waffengewalt vorzugehen. So kam es bereits zu mehreren militärischen Grossoperationen (zuletzt 2006), was besonders die



Ein Gegenspieler bei jeglicher Annäherung an Israel: Hassan Nasrallah. Er führt die Hisbollah an, welche von vielen Staaten direkt oder indirekt als Terrororganisation eingestuft wird.

Autorität der libanesischen Regierung weiter untergräbt.

Wirtschaftskrise seit 2019

Zu diesen beiden Hauptproblemen gesellte sich seit 2019 eine Wirtschaftskrise nie dagewesenen Ausmasses. Das Ausbluten des Staates durch Subventionen für Medikamente, Grundnahrungsmittel und Treibstoff (Ende 2020 kostete der Liter Sprit noch 15 Cent) wurde durch die Corona-Pandemie und die verheerende Explosion im Hafen von Beirut noch verstärkt.

In Scharen verlassen nun vor allem hochqualifizierte junge Christen das Land, um sich der riesigen libanesischen Diaspora anzuschliessen (z.B. fünf Millionen Libanesen in Brasilien). Ein «brain-drain», welcher mittelfristig katastrophale Auswirkungen für die Zukunft des Landes haben wird.

Das bis 2019 funktionierende Wirtschaftsmodell basierte auf einem blühenden Bankensektor, welcher das Geld aus den reichen Golfstaaten anzog, global angesehener Universitätsausbildung und einem gewinnbringenden «Krankenhaustourismus».

Nachdem das Bankensystem nach Aufgabe des festen Wechselkurses zum US-Dollar und unzähligen Bestechungsskandalen jegliches Vertrauen verlor, sowie Tausende von Professoren, Ärzte und Krankenschwestern das Land Richtung Golf oder Frankreich verliessen, bleiben nur noch wenige Bereiche für eine ökonomische Gesundung.

Hoffnung

So hoffen viele auf reiche Gasvorkommen vor der Küste des Landes. Doch dazu bedarf es einer Einigung mit dem Erzfeind Israel. Da die Befreiung von durch Israel besetzten Gebieten (Shebaa Farmen) jedoch die Daseinsberechtigung der Hisbollah darstellt, wird dessen charismatischer Führer, Hassan Nasrallah, jegliche Annäherung zu verhindern wissen.

Regierungschef Mikati bleibt einzig die Hoffnung auf internationale Unterstützung. Die westlichen «Geberländer» inklusive der Weltbank stehen zwar bereit, doch fordern sie grundlegende Reformen.

Um Vertrauen für Investitionen in die marode Wirtschaft zu schaffen, bedarf es



Bild: EDA, Alex Kühni

Die Schuldfrage für die verheerende Hafenexplosion steht auf der Prioritätenliste der neuen Regierung weit oben.

eines korruptionsfreien und auf einer unabhängigen Justiz basierenden Staatesystems. Doch allein die schleppende Aufarbeitung der Explosion vom 4. August 2020, bei welcher über 200 Menschen starben und mit Ashrafieh ein gesamter Stadtteil (dazu noch ein christlicher) zerstört wurde, lässt berechtigte Zweifel aufkommen. Die politische Elite (zum Teil weiter aus War-

lords des Bürgerkrieges wie Präsident Aoun oder Parlamentspräsident Berri bestehend) strebt keine Änderungen an.


Ob Mikati den Libanon daher vor dem «failed state» retten kann, bleibt abzuwarten. Die Abwanderung der Jugend lässt sich aber schon heute als Langzeitschaden für die «Schweiz des Nahen Ostens» konstatieren! 



Bild: Giorgio Montersino

Soldaten der libanesischen Armee sorgen in den Strassen Beiruts für Sicherheit. Die Autorität des Staates bröckelt jedoch zunehmend angesichts wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Probleme.